

Das Forum Rauchfrei hat zehn Politikerinnen und Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien angeschrieben und um Auskunft zu Fragen der Gesundheitspolitik und des Nichtraucher-schutzes gebeten.

Folgende Tabelle zeigt die Antworten im Überblick. Daran anschließend finden Sie die dazugehörigen Fragebögen.

Geantwortet haben:

Birgitt Bender, B90/Die Grünen Dr. Harald Terpe, B90/Die Grünen
Frank Spieth, Die Linke Dr. Martina Bunge, Die Linke
Annette Widmann-Mauz, CDU Dr. Karl Lauterbach, SPD

Nicht geantwortet haben:

Dr. Wolf Bauer, CDU Dr. Carola Reimann, SPD
Daniel Bahr, FDP Dr. Konrad Schily, FDP

bei den mit * markierten Feldern waren die Antworten nicht eindeutig. Siehe hierzu die Antwortschreiben der einzelnen Politikerinnen und Politiker	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN		DIE LINKE		CDU/CSU	SPD
	Birgitt Bender	Dr. Harald Terpe	Frank Spieth	Dr. Martina Bunge	Annette Widmann-Mauz	Dr. Karl Lauterbach
Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, Kontakte zwischen der Tabakindustrie und Politikern auf ein Minimum zu reduzieren. Hatten Sie im Jahr 2009 Kontakte zu Vertretern der Tabakindustrie oder Organisationen, die ihr nahe stehen?	nein	nein	nein	nein	nein	*
Haben Sie im Jahr 2009 an Veranstaltungen der Tabakindustrie teilgenommen?	nein	nein	nein	nein	nein	*
Befürworten Sie eine Ausdehnung des Nichtraucherschutzes auf alle Arbeitsstätten, auch in der Gastronomie, mit einer bundesweit einheitlichen Regelung?	ja	ja	ja	ja	*	*
Befürworten Sie ein Rauchverbot an Bushaltestellen?	*	*	nein	nein	*	*

Halten Sie es für vertretbar, dass politische Parteien in ihren Mitgliederzeitschriften Anzeigen der Tabakindustrie abdrucken?	nein	nein	nein	nein	nein	*
Setzen Sie sich für ein umfangreiches Werbeverbot ein, das auch Sponsoring durch die Tabakindustrie und Werbung für das soziale Engagement der Tabakindustrie und ihr nahe stehender Organisationen umfasst?	ja	ja	ja	ja	*	*
Das soziale Engagement von Firmen und Vertretern der Tabakindustrie, dient nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation einzig zu dem Zweck, von der todbringenden Beschaffenheit von Tabakprodukten abzulenken. Teilen Sie diese Ansicht?	*	ja	ja	ja	*	*
Halten Sie es für moralisch unbedenklich, wenn Politiker ihren Namen und guten Ruf der Tabakindustrie und ihr nahe stehenden Organisationen zur Verfügung stellen, um sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen?	*	nein	nein	nein	*	*

Birgitt Bender, MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, Kontakte zwischen der Tabakindustrie und Politikern auf ein Minimum zu reduzieren. Hatten Sie im Jahr 2009 Kontakte zu Vertretern der Tabakindustrie oder Organisationen, die ihr nahe stehen?

Nein.

Haben Sie im Jahr 2009 an Veranstaltungen der Tabakindustrie teilgenommen?

Nein.

Befürworten Sie eine Ausdehnung des Nichtraucherschutzes auf alle Arbeitsstätten, auch in der Gastronomie, mit einer bundesweit einheitlichen Regelung?

Ja. Dazu haben Bündnis 90/Die Grünen mehrere Vorstöße im Bundestag unternommen, die von CDU/CSU, SPD sowie der FDP abgelehnt wurden.

Befürworten Sie ein Rauchverbot an Bushaltestellen?

Vorrangiges Ziel grüner Politik im Bereich Schutz vor Passivrauchen ist es, in öffentlich zugänglichen geschlossenen Räumen und Verkehrsmitteln ein umfassendes Rauchverbot umzusetzen.

Halten Sie es für vertretbar, dass politische Parteien in ihren Mitgliederzeitschriften Anzeigen der Tabakindustrie abdrucken?

Nein. Daher begrüßen wir das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg aus dem August 2009, das klarstellt, dass auch sogenannte Imagewerbung unter das Verbot von direkter und indirekter Tabakwerbung fällt.

Setzen Sie sich für ein umfangreiches Werbeverbot ein, das auch Sponsoring durch die Tabakindustrie und Werbung für das soziale Engagement der Tabakindustrie und ihr nahe stehender Organisationen umfasst?

Ja. Wir Grünen wollen die Werbung auf Plakaten verbieten. Wir wollen Verschärfungen bei der Kinowerbung (ab 20 Uhr und nur bei Filmen, die ab 16 Jahren freigegeben sind) vornehmen. Wir wollen das Sponsoring im Inland analog zu dem durch die EU-Tabakwerberichtlinie verbotenen Sponsoring grenzüberschreitender Veranstaltungen regeln. Bisher ist nicht geplant, auch das Sponsoring von der Tabakindustrie nahestehenden Organisationen zu verbieten, das wäre (rechtlich) kaum umzusetzen.

Das soziale Engagement von Firmen und Vertretern der Tabakindustrie, dient nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation einzig zu dem Zweck, von der todbringenden Beschaffenheit von Tabakprodukten abzulenken. Teilen Sie diese Ansicht?

Jedes Sponsoring hat auch oder vorrangig (aber nicht ausschließlich) das Ziel, das Image der entsprechenden Geldgeber zu verbessern. Das trifft selbstverständlich auch auf die Tabakindustrie zu, deren Image besonders schlecht ist.

Halten Sie es für moralisch unbedenklich, wenn Politiker ihren Namen und guten Ruf der Tabakindustrie und ihr nahe stehenden Organisationen zur Verfügung stellen, um sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen?

Ich war nicht begeistert, als eine ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete zur Tabakindustrie wechselte. Jedoch sind dies Entscheidungen, die jede und jeder persönlich treffen kann. Für Bündnis 90/Die Grünen lässt sich feststellen, dass Lobbyarbeit für die Tabakindustrie die Chance auf ein Amt oder Mandat de facto verhindern.

Dr. Harald Terpe, MdB, Obmann im Gesundheitsausschuss, Drogen- und Suchtpolitischer Sprecher Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, Kontakte zwischen der Tabakindustrie und Politikern auf ein Minimum zu reduzieren. Hatten Sie im Jahr 2009 Kontakte zu Vertretern der Tabakindustrie oder Organisationen, die ihr nahe stehen?

Nein.

Haben Sie im Jahr 2009 an Veranstaltungen der Tabakindustrie teilgenommen?

Nein.

Befürworten Sie eine Ausdehnung des Nichtraucherschutzes auf alle Arbeitsstätten, auch in der Gastronomie, mit einer bundesweit einheitlichen Regelung?

Ja. Bündnis 90/Die Grünen haben im Bundestag mehrere Versuche unternommen, ein bundesweit einheitliches Rauchverbot für alle Arbeitsstätten – auch Gaststätten – durchzusetzen. Alle Versuche wurden von CDU/CSU, SPD sowie der FDP abgelehnt.

Befürworten Sie ein Rauchverbot an Bushaltestellen?

Vorrangiges Ziel muss es sein, in öffentlich zugänglichen geschlossenen Räumen und Verkehrsmitteln ein umfassendes Rauchverbot durchzusetzen. Allerdings begrüße ich Maßnahmen wie die der Deutschen Bahn, dass nunmehr auf ihren Bahnsteigen nicht oder nur in eng umgrenzten Bereichen geraucht werden darf. Ich würde mir wünschen, dass dies auch für Wartebereiche anderer öffentlicher Verkehrsmittel übernommen würde.

Halten Sie es für vertretbar, dass politische Parteien in ihren Mitgliederzeitschriften Anzeigen der Tabakindustrie abdrucken?

Nein. Ich begrüße auch das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg, nach dem auch sog. Imagewerbung unter das Verbot direkter und indirekter Tabakwerbung fällt.

Setzen Sie sich für ein umfangreiches Werbeverbot ein, das auch Sponsoring durch die Tabakindustrie und Werbung für das soziale Engagement der Tabakindustrie und ihr nahe stehender Organisationen umfasst?

Ja. Wir Grünen wollen die Werbung auf Plakaten verbieten. Ich befürworte zudem das Verbot von Tabakwerbung im Kino. Wir wollen zudem durchsetzen, dass das Sponsoring-Verbot für grenzüberschreitende Veranstaltungen gemäß der EU-Tabakwerberichtlinie auf inländische Veranstaltungen übertragen wird. Ein Sponsoringverbot für der Tabakindustrie nahestehender Organisationen wäre aber wahrscheinlich rechtlich nicht umzusetzen.

Das soziale Engagement von Firmen und Vertretern der Tabakindustrie, dient nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation einzig zu dem Zweck, von der todbringenden Beschaffenheit von Tabakprodukten abzulenken. Teilen Sie diese Ansicht?

Ja. Jedes Sponsoring – auch das der Tabakindustrie - hat immer auch (bisweilen sogar vorrangig) das Ziel, das Image der Sponsoren aufzuwerten.

Halten Sie es für moralisch unbedenklich, wenn Politiker ihren Namen und guten Ruf der Tabakindustrie und ihr nahe stehenden Organisationen zur Verfügung stellen, um sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen?

Nein. Ich könnte mir so etwas für meine Person auch nicht vorstellen. Ich bin mir zudem sicher, dass Lobbyarbeit für die Tabakindustrie die Aussichten auf ein Amt oder Mandat in meiner Partei praktisch zunichte machen würde.

Frank Spieth, MdB, Gesundheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, Kontakte zwischen der Tabakindustrie und Politikern auf ein Minimum zu reduzieren. Hatten Sie im Jahr 2009 Kontakte zu Vertretern der Tabakindustrie oder Organisationen, die ihr nahe stehen?

Nein.

Haben Sie im Jahr 2009 an Veranstaltungen der Tabakindustrie teilgenommen?

Nein.

Befürworten Sie eine Ausdehnung des Nichtraucherschutzes auf alle Arbeitsstätten, auch in der Gastronomie, mit einer bundesweit einheitlichen Regelung?

Ja. Eine bundesweite Lösung ist längst überfällig. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gastronomie dürfen nicht anders behandelt als andere Beschäftigte. Dies ist in der Arbeitsstättenverordnung zu regeln.

Befürworten Sie ein Rauchverbot an Bushaltestellen?

Nein.

Wir sehen im Außenbereich kein Rauchverbot vor. Gleichzeitig sind wir aber für einen umfassenden Gesundheitsschutz.

Der Nichtraucherschutz ist aus meiner Sicht kein Rauchverbot.

Halten Sie es für vertretbar, dass politische Parteien in ihren Mitgliederzeitschriften Anzeigen der Tabakindustrie abdrucken?

Nein.

DIE LINKE spricht sich gegen den Einfluss der Industrie auf die Politik durch finanzielle Einflussnahmen wie Spenden oder Sponsoring aus. DIE LINKE lehnt die Verknüpfung der Politik und der Tabakindustrie ab und ich gehe davon aus, dass in den Mitgliederzeitschriften der LINKEN keine Anzeigen der Tabakindustrie abgedruckt werden.

Setzen Sie sich für ein umfangreiches Werbeverbot ein, das auch Sponsoring durch die Tabakindustrie und Werbung für das soziale Engagement der Tabakindustrie und ihr nahe stehender Organisationen umfasst?

Ja.

Ich halte es für absurd, wenn die Tabakindustrie über soziales Engagement versucht, Akzeptanz für gesundheitsschädliche Produkte zu schaffen.

Das soziale Engagement von Firmen und Vertretern der Tabakindustrie, dient nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation einzig zu dem Zweck, von der todbringenden Beschaffenheit von Tabakprodukten abzulenken. Teilen Sie diese Ansicht?

Ja. Siehe vorgehende Antwort.

Halten Sie es für moralisch unbedenklich, wenn Politiker ihren Namen und guten Ruf der Tabakindustrie und ihr nahe stehenden Organisationen zur Verfügung stellen, um sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen?

Nein.

Ich bin prinzipiell der Auffassung, dass man für Produkte, die eindeutig gesundheitsschädigende und tödliche Wirkungen haben als Politiker nicht werben darf.

Dr. Martina Bunge, MdB, DIE LINKE, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, Kontakte zwischen der Tabakindustrie und Politikern auf ein Minimum zu reduzieren. Hatten Sie im Jahr 2009 Kontakte zu Vertretern der Tabakindustrie oder Organisationen, die ihr nahe stehen?

Nein.

Haben Sie im Jahr 2009 an Veranstaltungen der Tabakindustrie teilgenommen?

Nein.

Befürworten Sie eine Ausdehnung des Nichtraucherschutzes auf alle Arbeitsstätten, auch in der Gastronomie, mit einer bundesweit einheitlichen Regelung?

Ja.

Eine bundesweite Lösung ist längst überfällig. DIE LINKE hält es absolut nicht für gerechtfertigt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gastronomie anders zu behandeln als an anderen Arbeitsplätzen. DIE LINKE unterstützt daher die Forderung nach Schutz vor Passivrauch aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer egal an welchen Arbeitsplätzen.

Befürworten Sie ein Rauchverbot an Bushaltestellen?

Nein.

DIE LINKE sieht bisher in ihren Überlegungen kein Rauchverbot im Außenbereich vor. Grundsätzlich ist DIE LINKE für einen umfassenden Gesundheitsschutz. Der Gesundheitsschutz steht aber zum Teil dem Recht auf freie Entfaltung entgegen. Daher muss immer abgewogen werden, welche Maßnahmen angemessen sind und welche nicht.

Bisher liegen keine Studien oder Informationen vor, die eine Gefährdung der Menschen in Außenbereichen dokumentieren. Ein Rauchverbot pauschal auf Bushaltestellen zu beziehen, erscheint daher derzeit unangemessen. Zumindest müsste zwischen Bushäuschen, Unterständen und Haltestellen, die nur aus Schildern bestehen unterschieden werden. DIE LINKE setzt sich zudem intensiv für Gesundheitsförderung und Prävention ein.

Halten Sie es für vertretbar, dass politische Parteien in ihren Mitgliederzeitschriften Anzeigen der Tabakindustrie abdrucken?

Nein.

DIE LINKE spricht sich gegen den Einfluss der Industrie auf die Politik durch finanzielle Einflussnahmen, wie Spenden oder Sponsoring, aus. DIE LINKE lehnt die Verknüpfung der Politik und der Tabakindustrie ab und druckt keine Anzeigen der Tabakindustrie in ihren Mitgliederzeitschriften ab.

Setzen Sie sich für ein umfangreiches Werbeverbot ein, das auch Sponsoring durch die Tabakindustrie und Werbung für das soziale Engagement der Tabakindustrie und ihr nahe stehender Organisationen umfasst?

Ja.

Grundsätzlich spricht nichts gegen das soziale Engagement der Industrie. Allerdings ist es schon sehr bedenklich, wenn eine Industrie, die davon lebt, dass Menschen ihre Gesundheit schädigen, ihr soziales Engagement dann herauskehrt, wenn es für Werbezwecke gebraucht werden kann. Da bekannt ist, dass es einen sozialen Gradienten beim Tabakkonsum gibt, wäre der Verzicht auf Werbung das sozialere Verhalten.

Das soziale Engagement von Firmen und Vertretern der Tabakindustrie, dient nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation einzig zu dem Zweck, von der todbringenden Beschaffenheit von Tabakprodukten abzulenken. Teilen Sie diese Ansicht?

Ja, siehe oben.

Halten Sie es für moralisch unbedenklich, wenn Politiker ihren Namen und guten Ruf der Tabakindustrie und ihr nahe stehenden Organisationen zur Verfügung stellen, um sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen?

Nein.

Politiker sollten grundsätzlich ihren Namen nicht für Konzerne zur Verfügung stellen. Sie vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Dazu zählen natürlich auch Industrielle und Aktionäre.

Aber diese machen an der Bevölkerung nur einen kleinen Teil aus. DIE LINKE wehrt sich gegen den starken Einfluss der Industrie auf politische Entscheidungen. Der zweifelhafte Ruf der Politik, in Deutschland besonders eng mit der Tabakindustrie verbunden zu sein, muss endlich überwunden werden.

Annette Widmann – Mauz, Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, Kontakte zwischen der Tabakindustrie und Politikern auf ein Minimum zu reduzieren. Hatten Sie im Jahr 2009 Kontakte zu Vertretern der Tabakindustrie oder Organisationen, die ihr nahe stehen?

Nein.

Haben Sie im Jahr 2009 an Veranstaltungen der Tabakindustrie teilgenommen?

Nein.

Befürworten Sie eine Ausdehnung des Nichtraucherschutzes auf alle Arbeitsstätten, auch in der Gastronomie, mit einer bundesweit einheitlichen Regelung?

Es ist das Ziel der Union, Nichtraucher zu schützen. Wir wollen aber nicht, dass Raucher kriminalisiert werden. Es muss verhindert werden, dass aufgrund der Zuständigkeit der Länder für den Nichtraucherschutz in Gaststätten und Restaurants ein gesetzlicher Flickenteppich in Deutschland entsteht, der für alle Beteiligten nachteilig ist. Unser Ziel ist eine Regelung, die nicht nur den Schutz der Gesundheit beachtet, sondern auch für die Gastronomie und andere Wirtschaftsbereiche wirtschaftlich zumutbar und praktikabel ist.

Befürworten Sie ein Rauchverbot an Bushaltestellen?

Die CDU/CSU hat mit dem Ziel des Gesundheitsschutzes von Nichtrauchern bereits im Juli 2007 das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens mit beschlossen, welches am 1.9.2007 in Kraft getreten ist. Darin wurde das Rauchen in allen Einrichtungen des Bundes, in öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahn, Straßenbahn, Taxi, Flugzeug) sowie in Bahnhöfen verboten. Ich sehe daher bereits einen weitreichenden Nichtraucherschutz in öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleistet.

Halten Sie es für vertretbar, dass politische Parteien in ihren Mitgliederzeitschriften Anzeigen der Tabakindustrie abdrucken?

Nein.

Setzen Sie sich für ein umfangreiches Werbeverbot ein, das auch Sponsoring durch die Tabakindustrie und Werbung für das soziale Engagement der Tabakindustrie und ihr nahe stehender Organisationen umfasst?

In Deutschland wurden die Vorgaben der EU-Tabakwerberichtlinie bereits zum 1.1.2007 umgesetzt. Das bedeutet, dass seit Anfang 2007 Werbung für Tabakprodukte in Zeitungen, Zeitschriften, Magazinen und im Internet verboten ist. Die CDU setzt dabei auf ein breites Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Genussmitteln, auf das verantwortungsbewusste Handeln der Akteure und auf die Eigenverantwortung und die Kompetenz des Verbrauchers. Einschränkungen und Verbote sind kein Allheilmittel. Wir vertrauen den Menschen und ihrer Urteilsfähigkeit. Deswegen ist es auch wichtiger, auf die Einhaltung der bestehenden gesetzlicher Regelungen zu achten, statt permanent neue Gesetze und Verbote zu fordern. Die bestehenden Regelungen müssen von den Verantwortlichen eingehalten und von den Ordnungsbehörden mehr kontrolliert werden.

Das soziale Engagement von Firmen und Vertretern der Tabakindustrie, dient nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation einzig zu dem Zweck, von der todbringenden Beschaffenheit von Tabakprodukten abzulenken. Teilen Sie diese Ansicht?

Hier ist es nicht sachgerecht, eine pauschale Einschätzung vorzunehmen. Es muss je nachdem, um welche Art von sozialem Engagement es sich handelt, der Einzelfall betrachtet werden.

Halten Sie es für moralisch unbedenklich, wenn Politiker ihren Namen und guten Ruf der Tabakindustrie und ihr nahe stehenden Organisationen zur Verfügung stellen, um sie bei diesen Aktivitäten zu unterstützen?

Die Abgeordneten sind ihrem Gewissen verpflichtet. Es muss daher jeder für sich selbst prüfen, welche Organisationen er mit seinem Namen und seinem guten Ruf unterstützen möchte.

Dr. Karl Lauterbach, SPD, MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Sehr geehrter Herr Spatz,

wie sie wissen ist Karl Lauterbach einer der exponierten Kämpfer für umfassende Rauchverbote in Deutschland. Selbstverständlich nimmt er niemals an Veranstaltungen der Tabakindustrie teil und lehnt jegliches Parteiensponsoring durch die Tabaklobby ab.

Als Antwort füge ich Ihnen einen Artikel von ihm an.

*Mit freundlichen Grüßen
Olaf Rotthaus*

